

ERÖFFNUNGSREDE #PK13

Hallo zusammen!

Im Namen der Arbeitsgemeinschaft Außen- und Sicherheitspolitik möchte Ich Euch zur dritten „Potsdamer Konferenz“ unserer AG willkommen heißen.

Das Schwerpunktthema lautet „Auslandseinsätze der Bundeswehr“, aber dabei werden wir es nicht belassen. Denn wir sollten dabei nicht vergessen, dass „Krieg“ nicht das einzige Thema in dem weiten Themenfeld der „Außenpolitik“ darstellt. Die internationalen Beziehungen sind – zum Glück – heutzutage von Verhandlungen und Abkommen gekennzeichnet. Die Waffen sind mehr und mehr Worten gewichen. Aber nicht jedes Vertragswerk ist, nur weil es friedlich vereinbart wurde, tatsächlich zum Nutzen der Bevölkerungen, für die entschieden wurde. Und dabei will ich die mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten gar nicht ansprechen. Echte Mitbestimmung ist ohne Informationen schlicht nicht möglich. Und diese Informationen sind nicht vorhanden – können nicht vorhanden sein – wenn Regierungen im Geheimen die systematische Bepitzelung und Aushorchung einer gesamten Bevölkerung, eines ganzen Kontinents, vielleicht der Welt beschließen. Beschließen und durchsetzen. Parlamente und Bevölkerung werden nicht beteiligt. In Bürgerrechte wird so massiv eingegriffen, dass man mit Fug und Recht behaupten kann, dass Privatsphäre gänzlich abgeschafft wird. Und während die durchsichtigen, halbgaren Ausreden und ahnungslosen Parolen unserer Regierung und die Lügen gegenüber dem Wahlvolk wohl der Innenpolitik zuzurechnen sind, ist angesichts von PRISM, TEMPORA und wer weiß wie vielen anderen Überwachungs- und Schnüffelkampagnen noch – auch die Außenpolitik gefordert.

Die Außenpolitik ist gefordert, darauf hinzuwirken, dass Whistleblower, die unter Einsatz ihres Lebens die systematischen Lügen von Regierungen aufdecken, in möglichst vielen Staaten der Welt geschützt werden. Diese mutigen Menschen werden derzeit für das Aussprechen der Wahrheit mit Folter und Tod bedroht. Ein deutlicheres Beispiel für politische Verfolgung und die Notwendigkeit politischen Asyls ist schwer zu finden.

Die Außenpolitik ist gefordert, darauf hinzuwirken, dass alle Fakten zu solchen Spionagekampagnen offen gelegt werden. Nicht nur sind in Deutschland und auch im europäischen Parlament Untersuchungsausschüsse einzurichten, die feststellen sollen, in welchem Ausmaße die Regeln der Demokratie gebrochen wurden. Auch die Urheber dieses Einbruchs in die Privatsphäre von Milliarden unschuldiger Menschen müssen dazu gebracht werden, ihre Taten offen zu legen!

Die Außenpolitik ist gefordert, Standards für den Datenschutz international auf ein ähnliches und vor allem angemessenes Niveau zu heben! Ein hohes Datenschutzniveau in Deutschland reicht dazu nicht aus. Auch eine Verbesserung des ohnehin maroden Datenschutzes der Europäischen Union wird kaum weiterhelfen – wenn akzeptiert wird, dass sich Staaten als „Safe Harbour“, als „sicherer Hafen“ gerieren, die in Sachen Datenschutz am ehesten einem Felsriff bei Sturmflut gleichen. Hier müssen international Regelungen geschaffen – und durchgesetzt – werden, die die Daten und damit ihre Urheber wirklich effektiv schützen. Gerade vor zu neugierigen Regierungen.

Die Außenpolitik ist gefordert, die weltweite Kommunikation zu sichern und zu schützen. Datenschutz kann nur dann wirklich gelebt werden, wenn tatsächlich freier Zugang zu vertraulicher Kommunikation besteht, Netzneutralität strikt eingehalten wird und die Meinungsfreiheit gewahrt wird und unangetastet bleibt. Das aber muss über Staatsgrenzen hinausgehen.

Und die Außenpolitik ist gefordert, weitere Programme wie PRISM oder TEMPORA oder wie sie alle heißen, zu verhindern. Nicht nur im eigenen Staat, sondern auch in anderen Nationen. Privatsphäre ist ein Menschenrecht, wie es das Recht auf Leben, das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, das Recht auf ein faires Verfahren oder das Recht freie Meinungsäußerung ist. Eine Regierung, die ihr eigenes Volk systematisch überwacht, kann nicht wirklich demokratisch genannt

werden. Genausowenig kann eine Regierung, die einen anderen Staat und dessen Bevölkerung ausspioniert, ein „Verbündeter“ genannt werden. Und wenn die ausspionierte Regierung die Spione sogar einlädt und mit ihnen gemeinsame Sache macht, wie es die Bundesregierung offenbar getan hat – dann hat nicht nur die Innenpolitik epochal versagt. Sondern im gleichen Maße – wenn nicht noch mehr – die Außenpolitik.

Viele der Forderungen, die ich gerade aufgezählt habe, stammen aus dem Sechs-Punkte-Plan, den inzwischen 27 Piratenparteien aus Europa und der Welt – von Florida bis Russland –unterzeichnet haben. Die Umsetzung fordern wir vom Europäischen Parlament, gemeinsam mit den Piratenbewegungen in den europäischen Staaten, aber auch mit Piratenparteien aus Australien, Tunesien und Kanada. Denn auch die friedliche Zusammenarbeit mit den Gesellschaften in anderen Staaten zu aller Nutzen – und nicht gegenseitiges Misstrauen und heimtückische Spionage – ist Außenpolitik.

Für diese Art der Außenpolitik sind wir hier!

Wir sind hier, um uns mit Militäreinsätzen zu beschäftigen. Grundlegende Aussagen treffen sowohl unser Grundsatzprogramm, als auch unser Wahlprogramm für die kommende Bundestagswahl: Wir beobachten die Wandlung der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ äußerst kritisch. Zu Kritik gehören aber nicht nur Forderungen nach Beendigung von Einsätzen und Abzug von Truppen, wie es in Bezug auf Afghanistan ein deutliches Meinungsbild im Liquid Feedback gibt. Zu Kritik gehört auch, sich mit sämtlichen Begleitumständen kritisch auseinandersetzen.

Kritisch hinterfragen, zu welchen Bedingungen ein Auslandseinsatz begonnen wird.

Kritisch hinterfragen, unter welchen Bedingungen er durchgeführt wird.

Und weiter kritisch beobachten, ob nach Ende der Kampfhandlungen alle Beteiligten auch im Wiederaufbau weiter ihrer Verantwortung gerecht werden.

Diese kritischen Fragen sind bitter nötig, denn gerade in diesem Bereich der Außenpolitik liegt in Sachen Transparenz und Nachvollziehbarkeit noch einiges im Argen. Daher fordern wir, wie bei jedem Handeln des Staates, eine klare, nachvollziehbare Zielsetzung auch bei Auslandseinsätzen. Diese Zielsetzung muss der Bevölkerung verständlich kommuniziert werden. Wir fordern eine koherente außenpolitische Strategie und Möglichkeiten für die Öffentlichkeit, diese auch effektiv zu kontrollieren.

All diese Forderungen sind, angesichts der weitergehenden Diskussionsstände in der Piratenpartei, noch nicht vollständig. Und deshalb haben wir den Schwerpunkt unseres diesjährigen Treffens auf Auslandseinsätze gelegt. Weil sie auf absehbare Zeit Teil der Realität sein werden und wir als Piraten gefordert sind, Lösungsvorschläge in die begleitenden Debatten einzubringen.

Denn eine Debatte über Auslandseinsätze ist zu wichtig, als dass sie aus einem einfachen „Hört auf damit!“ bestehen könnte. Das wäre zu kurz gegriffen. Mit einem einfachen „Hört auf damit!“ ist niemandem geholfen, erst Recht nicht den Opfern des Krieges.

Es freut mich, dass Ihr gekommen seid, um die Diskussionen, die wir in den letzten Wochen und Monaten geführt haben, gemeinsam fortzusetzen – damit wir dem „Hört auf damit!“ konkrete, weitergehende Forderungen zu Legitimation, Durchführung und Nachbereitung von Auslandseinsätzen anschließen können.

Vielen Dank.